

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Morchplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollten Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 90 Pf.

Mitten im Reichstagswahlkampf.



ur zehn Tage trennen uns vom 7. Dezember und es wird in allen Parteien in diesen Tagen sieberhaft gearbeitet, um das Letzte herauszuholen. Versprechen ungläubigster Art, Verleumdungen, Beschimpfungen des Feindes sind die Hauptmethoden der Reichs- und Landespresse. Aber auch von kommunistischer Seite spekuliert man gewissermaßen auf die niedrigsten Instinkte und bringt Behauptungen in Versammlungen und Presse vor, von deren Unrichtigkeit man im vornherein überzeugt ist. Das

tionen völlig unberührt, sind von ihrem Geiste nicht erfasst worden. Ebensovienig haben sie aus der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre gelernt. Besteres trifft ebenso für das Kleinbürgertum zu. Wäre es anders, so hätte eine Zusammenfassung, wie sie der demokratische Reichstag aufwies, nicht zustande kommen, jene ungeheuerliche Stimmenzersplitterung nicht eintreten können, die das deutsche Volk zum Gespött der Welt und den gewählten Reichstag von vornherein zu jeder ernsthaften politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit unfähig machen mußte.

Die politischen Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften, dem Reichstag wie den Landtagen der einzelnen Länder, waren bereits unter dem monarchistischen Regiment für die politische und wirtschaftliche Entwicklung wie für die Arbeiter von erheblicher Bedeutung. Durch die neue Reichsverfassung ist diese Bedeutung erheblich gestiegen. In dem Reichstag sowie den Landtagen der Vorkriegszeit besaß das Volk wenig Rechte. Das Volk bestand eben nur aus Untertanen, die es sich gefallen lassen mußten, von einem überknappen Gottesgnadentum beherrscht zu werden. Reichstag und Landtage waren nur das Sprachrohr des Volkes, durch das es seine Wünsche und Forderungen der Obrigkeit überbringen konnte. Dabei kam es auf eine mehr oder weniger bunte, schiffeliche Zusammenfassung dieser Körperschaften nicht allzulehr an, denn letzten Endes war es die Regierung oder der sie vertretende Bundesrat, der über die Annahme und Ablehnung der beschlossenen

Die wandernde Menschheit
Wir kommen aus Etesen,
Wir steigen zum Licht,
Wir wandern und kennen
die Ziele doch nicht.
Jahraufend mal tausend
schon ziehn wir daher,
der Menschheit Geschlechter,
das endlose Meer.
Noch ist es ein Wandern
durch hüllisches Tal,
wir waten noch immer
durch Blut und durch Qual.
Böhl schmerzen die Sohlen,
doch dringen wir vor,
und rauh wie der Weg war,
er führte empor.
Weit liegt schon dahinten
die Tierheit, die Nacht,
schon ist in den Seelen
die Gottheit erwacht.
Schon strahlen uns Sonnen
in Herzen und Hirn:
Gerechtigkeit, Liebe,
das Doppelgestirn.
Und willst du ermatten,
nimm, Bruder, die Hand;
in Fernen, da leuchtet
ein seliges Land.
Dort wandeln die Menschen
von Liebe veröhnt,
in Kraft und in Abel
zu Göttern veröhnt.

den gesetzgebenden Körperschaften, dem Reichstag wie den Landtagen der einzelnen Länder, waren bereits unter dem monarchistischen Regiment für die politische und wirtschaftliche Entwicklung wie für die Arbeiter von erheblicher Bedeutung. Durch die neue Reichsverfassung ist diese Bedeutung erheblich gestiegen. In dem Reichstag sowie den Landtagen der Vorkriegszeit besaß das Volk wenig Rechte. Das Volk bestand eben nur aus Untertanen, die es sich gefallen lassen mußten, von einem überknappen Gottesgnadentum beherrscht zu werden. Reichstag und Landtage waren nur das Sprachrohr des Volkes, durch das es seine Wünsche und Forderungen der Obrigkeit überbringen konnte. Dabei kam es auf eine mehr oder weniger bunte, schiffeliche Zusammenfassung dieser Körperschaften nicht allzulehr an, denn letzten Endes war es die Regierung oder der sie vertretende Bundesrat, der über die Annahme und Ablehnung der beschlossenen

Das war auch bei den letzten Reichstagswahlen der Fall, deren Ergebnis feststellen ließ, wie weit noch das deutsche Volk von jener politischen Reife entfernt ist, die es zum richtigen Gebrauch der ihm durch die Weimarer Verfassung gewährleisteten Rechte befähigt. Davon machen die Arbeiter keine Ausnahme. Große Teile des arbeitenden Volkes — Millionen Männer und Frauen — blieben bis jetzt von der schon über ein halbes Jahrhundert betriebenen politischen und gewerkschaftlichen Erziehungsbewegung der Arbeiterorganisa-

tionen völlig unberührt, sind von ihrem Geiste nicht erfasst worden. Ebensovienig haben sie aus der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre gelernt. Besteres trifft ebenso für das Kleinbürgertum zu. Wäre es anders, so hätte eine Zusammenfassung, wie sie der demokratische Reichstag aufwies, nicht zustande kommen, jene ungeheuerliche Stimmenzersplitterung nicht eintreten können, die das deutsche Volk zum Gespött der Welt und den gewählten Reichstag von vornherein zu jeder ernsthaften politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit unfähig machen mußte. Die politischen Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften, dem Reichstag wie den Landtagen der einzelnen Länder, waren bereits unter dem monarchistischen Regiment für die politische und wirtschaftliche Entwicklung wie für die Arbeiter von erheblicher Bedeutung. Durch die neue Reichsverfassung ist diese Bedeutung erheblich gestiegen. In dem Reichstag sowie den Landtagen der Vorkriegszeit besaß das Volk wenig Rechte. Das Volk bestand eben nur aus Untertanen, die es sich gefallen lassen mußten, von einem überknappen Gottesgnadentum beherrscht zu werden. Reichstag und Landtage waren nur das Sprachrohr des Volkes, durch das es seine Wünsche und Forderungen der Obrigkeit überbringen konnte. Dabei kam es auf eine mehr oder weniger bunte, schiffeliche Zusammenfassung dieser Körperschaften nicht allzulehr an, denn letzten Endes war es die Regierung oder der sie vertretende Bundesrat, der über die Annahme und Ablehnung der beschlossenen

doch nie verwirklicht werden können, so hat dieser Einwand nunmehr jede Berechtigung verloren. Im demokratischen Volksstaat mit seinem freien demokratischen Wahlrecht ist diese Möglichkeit gegeben. Das arbeitende Volk braucht nur zu wollen.

Die Massen der Hand- und Kopfarbeiter einschließlich der übrigen proletarischen Schichten umfassen rund 85 Proz. der Gesamtbevölkerung zugleich der Wählerchaft. Treten sie einig und geschlossen auf, so kann ihnen nichts widerstehen. Daß dieser Sieg nicht mit einem Schläge zu erreichen ist, die herrschenden Klassen sich mit ihm nicht ohne weiteres abfinden würden, darf als selbstverständlich gelten. Noch nie aber ist die klassenbewußte organisierte Arbeiterchaft bei der Verfolgung ihrer Ziele vor Widerständen zurückgeschreckt. Diese waren für sie immer nur da, um überwunden zu werden. Die Mittel hierzu sind die alten: Agitation, Aufklärung!

Die Zersplitterung der Kräfte in unzählige Parteigruppen und Grüppchen, die bei den letzten Wahlen ein so düster stimmendes Bild von der politischen Zerrissenheit des Volkes bot, zugleich aber auch seine politische und wirtschaftliche Verstandlosigkeit bloßstellte, müssen die Arbeiter den bürgerlichen Kreisen überlassen. Für sie steht bei den Wahlen zum neuen Reichstag zu viel auf dem Spiel, als daß sie diesem Beispiel folgen dürften. Dem neuen Reichstag ist die Aufgabe gestellt, eine Reihe der wichtigsten Fragen zu lösen. Im Vordergrund steht die Schutzollvorlage, deren Wirkungen die Arbeiter bereits in der Verteuerung der Lebensmittelpreise zu spüren bekommen. Weiter kommen in Betracht der Achtstundentag, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens, die endliche Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts, Reform der Arbeiterversicherung, Erwerbsloshilfe usw. Von einem reaktionären Reichstag ist in dieser Richtung nichts zu erwarten. Anstatt Arbeiterschutzes bietet er Arbeiterrückfall. Außerdem würde er eine Gefährdung der politischen Rechte der Arbeiter bedeuten. Das Beispiel in Bayern, wo auf bauernbühlerischen Antrag der Verfassungsausschuß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums eine Herabsetzung des Wahlalters von 20 auf 15 Jahre beschloß, verheißt der Arbeiterchaft nichts Gutes. Die Arbeiter haben hierdurch alle Ursache, die Wahl eines Reichstags zu verhindern, der die Vereinigung der reaktionären Parteien zu einem Bürgerblock gestattet. Die Bildung des Bürgerblocks wäre der Sieg der Reaktion. Ihm würde mit Sicherheit eine Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage folgen, worunter am meisten die Arbeiter zu leiden hätten. Das eigene Interesse verbietet so den Arbeitern, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und es so anzuhängen, daß ein Sieg der Reaktion nicht in Frage kommen kann. **R a t u l a t.**

Die Krise in der Sozialpolitik.

II. (Schluß.)

Sehr richtig wird festgestellt, daß die Gewerkschaften im Jahre 1928 finanziell bankrott waren. Die Geldentwertung betrog den Arbeiter um das erarbeitete Realeinkommen. Nun wirkt es etwas erheiternd, wenn dem keinerlei tatsächliche finanziell machtvolle Gewerkschaften der Vormut gemacht wird, daß sie zu ihrem Teil verschuldet, diesen Fortzugsmöglichkeiten ein Paroli zu bieten. Hieraus einen alten „Trotz“ festzustellen, ist nur fernsichenden möglich. Es bleibt aber trotzdem unbegreiflich. Der gute Rat, daß die Gewerkschaften „rechtzeitig durch planmäßiges Zurückhalten der Kaufkraft der Masse einen Rückschlag in der Preisbildung“ erzielen konnten, muß beinahe erheiternd wirken.

Im übrigen (falls dem Herrn Professor das nicht bekannt sein sollte) haben die deutschen Arbeitgeberverbände einseitig planmäßig dafür Sorge getragen, die Kaufkraft der Arbeitnehmer auf das äußerste zurückzuhalten. Das was an Lohn gezahlt wurde, reichte nur zur Bestreitung der notwendigsten Lebensbedürfnisse, trotzdem die erträumte Preisbildung doch nicht eingetreten.

In dem Kampf der Arbeitgeberverbände gegen die Gewerkschaften wird behauptet, daß in der Mitgliederversammlung des Reichsarbeitgeberverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände „in freier, dem Interesse der Arbeiterchaft gerecht werdender Weise zum Ausdruck kam“. Der Geist muß sich aber mit dem Verlassen des Sitzungssaales verflüchtigt haben. Die Gewerkschaften haben davon nichts gespürt.

Die trübsamen Erscheinungen der Sozialpolitik sind, so schreibt Prof. Heide, unter dem Druck der Ricumerträge in schamloseter Weise begünstigt worden. Diese schamlose Begünstigung haben sich fast alle Arbeitgeberverbände sehr gern gefallen lassen. Von dem Geist der Arbeitgeber, der den Interessen der Arbeitnehmer gerecht wird, haben wir dabei nichts gemerkt. Sehr richtig wird aber daran erinnert, daß, wenn ein Teil der Arbeitgeber wieder von ihrer offenen Stellungnahme gegen die Gewerkschaften und dem Tarif-

vertragsgedanken abgekommen sind, dies nur darauf zurückzuführen ist, daß mit der allgemeinen Gesundung auch die gewerkschaftliche Gesundung begonnen hat. Das ist natürlich der einzig ausschlaggebende Grund, warum nicht tatsächlich alle Arbeitgeber „mit Pauken und Trompeten und fliegenden Fahnen in das Lager der alten Eckaufmacher übergegangen sind“. Wenn die Behauptung richtig wäre, daß der Tarifvertrag der große Hebel ist, mit dessen Hilfe die Mehrarbeit vereinbart werden kann, dann wäre die Auffassung begreiflich, daß sich die Arbeitgeber zuerst mit dem Tarifvertragszwang abgefunden haben. Immerhin dürfen wir feststellen, daß nicht der Tarifvertrag an sich der große Hebel ist, sondern die drohende und dugendmal ausgesprochene Verbindlichkeitsklärung solcher Schiedsprüfung, die die längere Arbeitszeit oorsehen. Freilich auch die Arbeitgeber und auch manche Sozialreformer sind grundsätzlich Gelegenheitspolitiker. Wenn der Wind rechts weht, ist man für den verbindlich erklärten Tarifzwang. Da werden ihre Suppen durch das Reichsarbeitsministerium gekocht, ohne daß sie sich die Finger verbrennen können und die Verantwortung tragen. Aber was kann man vom dürren Holz verlangen, wenn das grüne der unentwegten Sozialreformer sich in einem Referat wie folgt in Widerspruch begibt:

Zu 1. „Noch aber ist die Möglichkeit verblieben, daß auf Antrag der beteiligten Parteien ein Schiedspruch verbindlich erklärt werden kann. Auf die Forderung sollte ich das nicht für anmaßlich; es geht auch nicht im Einklang mit den sozialreformerischen Traditionen, mit den laubjehntelangen Überzeugungen der Arbeitnehmerchaft und mit der mindestens monatelangen Überzeugung der Arbeitgeberchaft. Ich glaube, daß ... man auf die Dauer dieses Systems in Deutschland nicht verheiraten kann.“

Beifallsfreudig, wie der Reichsarbeitgeberverband war, hat er den gleich darauf vertretenen Standpunkt ebenso grundlos getreut bekräftigt. Wie folgt lautet die gegenteilige Behauptung:

Zu 2. „Wenn man das Gebiet des Schlichtungswesens überblickt, so könnte man meinen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer alles allein machen. Nein nein und abermals nein, der Staat hat nach wie vor, was von seiner Seite bestritten werden kann, ein starkes Interesse daran, daß „der Wirtschaftsriede nicht gekört wird“. Also müssen unparteiliche Vorkommende in den Schlichtungsausschüssen entscheiden und hinterher das Wort im Wege der Verbindlichkeitsklärung (die Zwangsbeziehung anderer Länder) ebenfalls aufrechterhalten bleiben.“

Auch die Selbstverworfung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes schert dem Herrn Professor anrühlich zu sein. Er behauptet beispielsweise, daß dabei Arbeitgeber und -nehmer „zu einer möglichst hohen Auffassung des Arbeiterschutzes, wo dieser — wie z. B. der Kinderchutz — unpopulär ist, kommen könnten, während doch der Staat seinerseits auf die Erfüllung seiner elementarsten Bedürfnisse „hinwirken muß“. Woher die Reminis, sehr verehrter Herr Professor? Also letzten Endes doch die Gewerkschaftsvertreter sollen zusehen, daß die Arbeiterkinder als billige Lohnbrüder ausgenutzt werden, weil das Gegenteil unpopulär ist. Zwischen Himmel und Erde gibt es der Möglichkeiten viel, aber dergleichen beweislose Behauptungen aufzustellen, überschreitet das Maß der Möglichkeiten.

Von dem Gedanken der sogenannten Wertgemeinschaften können wir erschreckenderweise feststellen, ist man nicht sehr erbaut. Der wahrscheinliche Nutzen ist viel kleiner als die Gefahr des Mißbrauchs, die damit entstehen könnte. Die Voraussetzung für eine solche Arbeitsgemeinschaft wäre nur gegeben, wenn bei voller Anerkennung der Koalitionsfreiheit und der Tarifverträge der lokale Versuch gemacht würde, zwischen Arbeitgeber:um und Betriebsräten zu einem Einvernehmen auf möglichst breiter Basis zu kommen. Positiv ist ein Widerstreit der Interessen zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer ein ziemlich widerwärtiger Krackel. Das ist keine marktgängige Ware, die gehandelt und mit Verdienst verkauft werden kann, also für Arbeitgeber ein überflüssiger Artikel.

Wir wollen zugeben, daß vielleicht aus ehrlicher Überzeugung heraus der Versuch unternommen würde, „Wert und Sinn, Bedeutung und Nutzen der Sozialpolitik“ vor dem Reichsarbeitgeberverband vorzutragen. Immerhin, wenn der alte Flügel der deutschen Sozialpolitik der Anforderungen der Arbeitgeberinteressen besonderes Verständnis entgegenbringt, graust uns, den rechten Flügel zu hören.

Diese sicher vorhandene ehrliche Überzeugung von der Notwendigkeit der Sozialpolitik könnte aber viel grundfälliger und gradliniger vertreten werden, wenn den Herren Professoren die Praxis der gewerkschaftlichen Kämpfe, der bittere Kampf um das kümmerliche Dasein der arbeitenden Massen ein wenig mehr bekannt und fühlbar geworden wäre. Solange das leider nicht der Fall ist, werden die Arbeiter selber ihre grundfälligen Forderungen an eine menschen- und kulturwürdige Gestaltung der Sozialpolitik und damit ihrer Lebensbedingungen vertreten. **P. Schulz.**

Die Zukunft und der Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes.

In der Arbeiterpresse finden wir einen Artikel, der für unsere Kollegen, die im Wasserstraßenbau tätig sind, von besonderer Bedeutung ist. Wir lassen ihn nachstehend folgen:

Durch den planmäßig fortschreitenden Ausbau unseres Wasserstraßennetzes werden immer mehr die Wasserstraßen den ihnen zukommenden Anteil am Verkehr erhalten, da sie Massengüter wirtschaftlicher als die Eisenbahn befördern können. Von großem Vorteil ist, daß die Finanzierung der Neubauten, die früher ausschließlich von den angrenzenden Gebieten getragen werden mußte, nun auf breitere Schultern gelegt ist. Da zurzeit auch die Mittel des Reiches begrenzt sind, so ist man dazu übergegangen, den Bau durch gemeinnützige Aktien-Gesellschaften, an denen das Reich, die angrenzenden Länder und Städte sowie die Industrie beteiligt sind, vornehmen zu lassen. Wir erblicken hierin den Anfang zu einer im Interesse der Gesamtheit wirkenden Planwirtschaft und halten dies für eine sehr glückliche Vereinigung von Staats- und Privatbetrieb. Wenn auch durch das Dawes-Gutachten die seit dem 1. April 1922 bestehende gemeinsame Verwaltung von Reichsbahn und Wasserstraßen nicht mehr in dem engen Maße vorhanden ist, so glauben wir doch, daß dies im guten Fortgang einer gegenseitigen Ergänzung keine Störung verursachen wird. Bei der zentralen Lage Deutschlands muß der Ausbau der deutschen Wasserstraßen planmäßig nach zwei Gesichtspunkten verwirklicht werden: Nach den Bedürfnissen für den innerdeutschen Verkehr und für den Durchgangsverkehr nach der Schweiz und den Donauländern sowie in weiterer Zukunft als Großschiffahrtsweg nach Rußland und Polen. Für den Verkehr innerhalb Deutschlands ist der Mittelpunkt das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Dreiviertel der gesamten Binnenschiffahrt Deutschlands geht heute von ihm aus oder zu ihm hin. Sein Rückgrat ist der Rhein-Ferne-Kanal, welcher in dem Dortmund-Ems-Kanal seine Fortsetzung bis zur Nordsee findet.

Bei Bervoertern zweigt vom Dortmund-Ems-Kanal der Mittel-Rhein-Kanal ab, der bis Hannover fertiggestellt ist. Der weitere Bau des Mittel-Rhein-Kanals, welcher bis zur Elbe durchgeführt und das rheinisch-westfälische Industriegebiet mit den Wasserstraßen östlich der Elbe verbinden soll, ist auch im letzten Jahre leider sehr langsam vorangeschritten. Zuerst wird der Mittel-Rhein-Kanal wohl überwiegend dem innerdeutschen Verkehr dienen, in der Zukunft kann er jedoch nach Ausbau der Oder-Warthe-Neße-Weichsel-Schiffahrtsstraßen der Großschiffahrtsweg vom Rhein durch Polen hindurch nach Rußland werden.

Um das Abflaßgebiet der Ruhrkohle zu erweitern, ist ein direkter Kanal nach Bremen und Hamburg unerlässlich. Der Umweg über Mittel-Rhein-Kanal und Weser bzw. Elbe ist zu groß, um für einen Kohlentransport von 8 Millionen Tonnen jährlich in Frage zu kommen. In diese Lücke muß der Hanfa-Kanal treten, mit dessen Bau im Interesse der deutschen Wirtschaft so bald als möglich zu beginnen ist. Für den Abflaß der Ruhrkohle ist er von ausschlaggebender Bedeutung. Der Hanfa-Kanal soll am Anfang des Mittel-Rhein-Kanals abzweigen und in ziemlich gerader Linie über die Weser nach der Elbe bei Hamburg führen.

Vom Küsten-Kanal, welcher die untere Weser mit der unteren Ems verbinden soll, ist kürzlich das erste Stück dem Verkehr übergeben worden. Es wird jedoch nie den Hanfa-Kanal als Schiffahrtsweg vom Ruhrgebiet zu den Hanfahäfen ersetzen können. Seine große volkswirtschaftliche Bedeutung liegt auf anderen Gebieten. Gewaltige Moorgebiete können durch ihn entwässert und der Torfgewinnung nutzbar gemacht werden. Es ist möglich, innerhalb 50 Jahren 175 Millionen Tonnen Brennstoff anzubauen und weitere Flächen durch ihn zu entwässern und der Landwirtschaft nutzbar zu machen. Die Kultivierung des fruchtbaren, abgetorften Moorbodens steigert die landwirtschaftliche Erzeugung Deutschlands wesentlich. Vielen Tausenden von Arbeiterfamilien, welche in der Großstadt ein trauriges Leben führen, ist hier Gelegenheit geboten, sich auf eigener Scholle eine neue Heimat zu schaffen und in der Torf-Industrie Beschäftigung zu finden.

Im Westen findet das Kanalnetz des Industriegebietes Anschluß an den Rhein, der uralter und verkehrsreicher Wasserstraßen des Westens. Im Norden des Ruhrgebietes wird durch den im Bau befindlichen Lippe-Seitenkanal eine weitere Wasserstraße zum Rhein geschaffen. Am Süden gibt die Ruhrkanalisierung, welche vorerst bis Mülheim durchgeführt wird, der genannten Industriestadt den so notwendigen Hafen. Der Rhein ist mit seinen Nebenflüssen heute die Verbindung von Holland (Rotterdam) an dem rheinischen Industriegebiet vorbei nach Süddeutschland und der Schweiz. Durch den im Bau befindlichen Main-Donau-Kanal wird ein Großschiffahrtsweg von der Nordsee über Rhein-Main-Donau bis zum Schwarzen Meer ge-

schaffen werden. Durch diese Wasserstraßen können dann die Erzeugnisse des an den landwirtschaftlichen und Bodenschätzen reichen Rußland und Rumänien unmittelbar mit den hochwertigen technischen Maschinen des Westens ausgetauscht werden. Von welcher Bedeutung dies für den Wiederaufbau und die Weiterentwicklung Europas sein wird, dürfte wohl ohne weiteres klar sein. Später kann dann noch der fertiggeführte Mittel-Rhein-Kanal als zweite Wasserstraße nach Rußland hinzutreten. Der Rhein ist bis Straßburg für die Schiffahrt durch Regulierung des Strombettes im wesentlichen fertig ausgebaut. Von Straßburg bis Basel soll der Rhein durch Regulierung die notwendige Wasserflöße erhalten. Nur auf einer kleinen Strecke soll die Schiffahrt durch einen auf eisfähigem Boden liegenden Seitenkanal geleitet werden. Oberhalb Basels kommt nur die Kanalisierung des Strombettes in Frage, welche gemeinsam von der Schweiz und Baden vorgenommen wird. Nach Vollendung der Arbeiten können dann die Rheinkähne bis zum Bodensee gelangen. Die Kanalisierung des Neckars von Mannheim bis Plochingen oberhalb Stuttgart ist in vollem Gange. Wie bei der Mainkanalisierung und dem Main-Donau-Kanal werden auch hier an dem Staustufen große Wasserkräfte gewonnen, welche für die Wirtschaftlichkeit der Anlagen von ausschlaggebender Bedeutung sind. Durch Vertiefung und Verbreiterung des Rhein-Rhône-Kanals könnte der Rhein Verbindung mit dem französischen Kanalnetz erhalten.

Natürliche Wasserstraßen sind die von Süden nach Norden fließenden Ströme der Norddeutschen Tiefebene. Embden ist der Einflughafen für das schwedische Eisenerz, welches über den Dortmund-Ems-Kanal nach dem Industriegebiet gelangt. Der Handel Bremens wird durch die Fortsetzung der Kanalisierung der Weser einen neuen Aufschwung erhalten und durch den geplanten Bau eines Kanals von der Weser durch Thüringen hindurch zum Main in der Lage sein, Einfluß in Mittel- und Süddeutschland zu gewinnen. Hamburg war schon früher der Haupthafen Deutschlands. Seine Bedeutung ist durch den Umstand, daß der Durchgangsverkehr von und nach der Tschechoslowakei sich immer mehr auf der Elbe abspielt, nur noch gewachsen. Der Ausbau der Elbe ist auf dem ganzen Flußlauf begonnen, aber noch lange nicht vollendet.

An der Oder bildeten früher alljährlich schwere Hochwasser die Regel. Durch die Anlage von Talperrin in ihrem Einzugsgebiet in Schlesien und eines geregelten Flußbettes sind heute die Gefahren und Behrohungen des anliegenden Landes überwunden. Die Oder ist für 650-Tonnen-Kähne bis Breslau durch Niederwasserregulierung ausgebaut, von da bis Kofel, dem Kohlenhafen des ober-schlesischen Kohlengebietes, durch Wehre kanalisiert. Auch hier ist ein weiterer Ausbau für große Schiffe sehr erwünscht. Die Weichsel, welche immer schon den größten Teil auf russischem und österreichischem Gebiet fließt, ist heute nur noch an der Mündung in deutschen Händen. Ihre Ausbesserung läßt noch alles zu wünschen übrig. Nur bis zur ehemaligen deutsch-russischen Grenze hat sie ein festes Bett, weiter oberhalb ist der Flußlauf vielfach noch in seinem ursprünglichen Zustand. Das heißt ein breites, flaches, durch Sandbänke unterbrochenes Flußbett, welches bei Niedrigwasser mehr oder weniger verändert wird. Daß auf einem solchen Flusse eine größere Flußschiffahrt nicht möglich ist, dürfte einleuchten. Zwischen Elbe und Oder besteht heute schon ein gut ausgebautes Wasserstraßennetz mit Berlin als Mittelpunkt. Es sind dies: Die ausgebaute Havel und Spree mit dem Hfle- und Plauer Kanal, der Oder-Spree-Kanal nach dem Oberlauf der Oder und dem Hohenzollern-Kanal im Zuge des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin. Zwischen Oder und Weichsel besteht die mit 460-Tonnen-Kähnen besfahrbare Oder-Weichsel-Wasserstraße, welche bei Küstrin beginnt und über Warthe-Neße-Bromberger-Kanal und Brohe zur Weichsel führt. Am Süden bildet die Donau die West-Ost-Wasserstraße. Eine Kanalverbindung ihres Oberlaufes mit dem Bodensee würde der Schweiz eine direkte Verbindung mit dem Balkan und dem Schwarzen Meer schaffen. Auch bestehen Pläne für eine Verbindung durch Donau über die Moldau mit der Elbe und mit der Weichsel. Dieses Kanalsystem würde für die Tschechoslowakei von großem Vorteil sein.

Jahrzehntelang hat das preußische Junkertum, das dank des Dreiklassenwahlrechtes den Landtag beherrschte, den von einflussvoller Seite schon gegen Ende des vorigen Jahrhunderts vorgeschlagenen Bau des Mittel-Rhein-Kanals zu verhindern gewußt. Ihm lag nichts daran, die so notwendige Verbindung zwischen dem industriellen Westen und dem landwirtschaftlichen Osten herzustellen. Durch die bessere und billigere Verkehrsmöglichkeit hätten ja die Getreide- und Kartoffelpreise sinken können und was noch schlimmer sein würde, sozialer Fortschritt würde durch den gesteigerten Verkehr um so eher seinen Weg in das paradiesische Ostelbien finden und die Landarbeiter aufklären können. Nein, so etwas mußte möglichst verhindert werden!

Der Widerstand wurde schließlich gebrochen und kurz vor dem Kriege endlich mit dem Bau des Mittelland-Kanals begonnen. Was hätte der rechtzeitig vollendete Mittelland-Kanal unserer Kriegswirtschaft nützen und vor allen Dingen zur Ernährung der Arbeiterbevölkerung im Ruhrgebiet beitragen können! Aber dies wird wie so vieles andere mit dem Mantel deutschnationaler Liebe zugedeckt. Auch im letzten Jahre sind die Bauarbeiten am Mittelland-Kanal lange nicht in dem notwendigen Maße vorangeschritten, obwohl wir doch wirklich genug Arbeitslose hatten. Angeblich fehlte es an den notwendigen Mitteln. Aber für die Reichswehr, für hohe Personen ehemaliger kaiserlicher Generale, für Deutsche Tage und sonstiges, was der Republik Abbruch tun soll, ist Geld genug vorhanden! Wenn der Mittelland-Kanal sofort nach Kriegsende mit aller Kraft weitergeführt worden wäre, so könnte er heute bis zur Elbe vollendet sein und unserem durch die Reparationen belasteten Wirtschaftsleben ungeheuer nützen. So ist noch nicht einmal das Erd- und Hannover bis Meine fertig. Es wird Aufgabe des neuen Reichstages und des Preussischen Landtages sein, hier nach dem Rechte zu sehen.

Aber auch noch aus einem anderen Grunde ist ein rascher und planmäßiger Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes heute mehr denn je erforderlich. Deutschland liegt im Herzen Mitteleuropas. Es ist das Durchgangsland von Frankreich nach Polen und Rußland, nach der Tschechoslowakei und dem Balkan. Es hat heute eine ähnliche Stellung, wie Holland sie am Ausgang des Mittelalters hatte und auch bis zu einem gewissen Grade noch hat. Wenn wir eine den Erfordernissen der Weltwirtschaft gerechte Politik treiben, so können wir das industrielle Durchgangsland noch den noch unentwickelten, aber an Bodenschätzen reichen Ländern im Osten und Südosten Europas werden. Auf unseren Wasserstraßen kann sich dann ein reger Verkehr abspielen, der unserer Wirtschaft und unserem Volke Nutzen bringt und mit einer Grundlage zu einem wirtschaftlichen und politischen Ausbau Europas sein wird. Das ist ein praktischer Weg, wie die Erfüllungspolitik zum Segen der Menschheit werden kann. Durch den gesteigerten Schiffverkehr auf unseren Binnenwasserstraßen können große Kreise unseres Volkes in der Schifffahrt und dem Transportwesen lohnende und segensreiche Beschäftigung finden und produktive Arbeit leisten.

Dabei wäre allerdings zu beachten, daß die Lohnpolitik eine andere werden muß als bisher. Daß die früher in einzelstaatlichen Dienststellen Beschäftigten, die jetzt bei der Reichswasserstraßenverwaltung sind, in ihren Lohnbezügen auf 10 bis 15 Bq. pro Stunde weniger bekommen, als die in einzelstaatlichen Wasserstraßenverwaltungen Beschäftigten, ist ein völlig unhaltbarer Zustand. Wir wollen dabei feststellen, daß die Löhne in den einzelstaatlichen Betrieben durchaus nicht befriedigend sind. Die Lohnpolitik des Reiches muß unter allen Umständen eine Änderung erfahren, soll nicht der Gedanke der Zentralisation überhaupt schwer gefährdet werden. Es ist auf die Dauer ausgeschlossen, daß die Arbeiter im Wasserstraßenbau sich diese Zurücksetzung gefallen lassen. Es kann auch wahrlich dem Gedanken einer umfassenden Zentralisation des Wasserstraßenbaus nicht dienen, wenn ausgerechnet das Reich in der Lohnfrage vorschrittlich gefehlt ist.

Tarifvertrag der badischen Kreisstraßen- und Wegewärter.

Nach einem Beschluß der badischen Kreisvertreter (des: Arbeitsgemeinschaft) sollten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der badischen Kreisstraßen- und Wegewärter nicht mehr durch Tarifvertrag, sondern durch Gesetz geregelt werden. Da sich die Kollegen diese vorläufige Regelung nicht gefallen lassen konnten, wurde unter Verband beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wieder durch Vertrag geregelt werden, um den Wärtern Gelegenheit zu geben, bei Festsetzung der Arbeitsverhältnisse nicht nur ihren Einfluß geltend zu machen, sondern daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse denen anderer Arbeiterkategorien gleichgestellt sind. Der Kampf um den Abschluß eines solchen Vertrages war nicht leicht, da sich der Kreisrat Heidelberg an den Beschluß der Kreisvertreter festklammerte. Das geradezu musterartige Verhalten der Wärter des Kreisrates Heidelberg trug dazu bei, daß die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß führten, der sich in folgendem Tarifvertrag widerspiegelt:

§ 1. 1. Der Vertrag umfaßt die beim Kreis Heidelberg beschäftigten Wärter. Diese sind Kreisarbeiter. — 2. Ihre Lohn- und Dienstverhältnisse richten sich nach diesem Vertrag, im übrigen nach der hierzu verbindlichen Dienstweisung, bei deren Fassung die Dienstweisung für die badischen Landstraßenwärter gebührend berücksichtigt ist. Änderungen und Ergänzungen der Dienstweisung für die badischen Landstraßenwärter werden in beiderseitigem Einverständnis Angemessen auch für die Wärter Anwendung finden.

§ 2. 1. Die Arbeitszeit ist die gleiche, wie jene bei den Landstraßenwärtern. — 2. Bei besonderen Verhältnissen kann zwischen dem einzelnen Wärter und dem Wasser- und Straßenbauamt über Beginn und Ende der Arbeitszeiten und der Mittagspause eine abweichende Vereinbarung getroffen werden. — 3. In dringenden Fällen sind die Wärter verpflichtet, auch über die regelmäßige Zeit hinaus sowie an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten, ohne hierfür eine Geldentschädigung beanspruchen zu können. Derartige Überstunden werden durch Gewährung entsprechender Freizeiten entschädigt. Die Kreisverwaltung kann an Stelle der Freizeit eine Barentschädigung zahlen. — 4. Außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit stattfindende Verkehrskontrollen und Verkehrsmaßnahmen werden in gleicher Weise behandelt.

§ 3. 1. Der Lohn wird als Monatslohn bezahlt. Die Auszahlung soll möglichst in gleicher Weise erfolgen wie bei den Landstraßenwärtern. — 2. Kleinere Versäumnisse bei besonderen Anlässen, z. B. Todes- und Unfallfälle, Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten und dergleichen, werden nicht vom Lohn in Abzug gebracht. — 3. Wärtern mit mindestens dreimonatlicher Dienstdauer wird im Falle einer durch Unfall oder Krankheit hervorgerufenen Erwerbsunfähigkeit der Lohn unter Abzug der reichsgesetzlichen Leistungen weiterbezahlt, und zwar den Wärtern mit einer Dienstdauer bis zu einem Jahr für die Dauer von 6 Wochen, bei einer Dienstdauer von über einem Jahr für die Dauer von 26 Wochen. — 4. Die Entlohnung der Wärter ist die gleiche wie diejenige der Landstraßenwärter. Wenderung der Entlohnung, welche für die Landstraßenwärter eintreten, werden ohne weitere Verhandlungen Angemessen auch für die Wärter wirksam.

§ 4. Die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung werden vom Kreis und den Wärtern in gleichem Verhältnis getragen.

§ 5. Der Urlaub der Wärter ist der gleiche wie derjenige der Landstraßenwärter.

§ 6. Die Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung der Wärter und deren Hinterbliebenen erfolgt durch Gesetz.

§ 7. 1. Die notwendigen Werkzeuge und Geräte werden vom Kreis auf seine Kosten gestellt. — 2. Die Wärter haben für sichere Aufrechterhaltung und sorgfältige Behandlung der Werkzeuge und Geräte Sorge zu tragen. Beschädigtes Gerät ist sobald beim vorgetragenen Straßenmeister anzumelden.

§ 8. Die Wärter erhalten alle 6 Jahre einen Mantel, alle 3 Jahre einen Hut und alle 2 Jahre eine Mütze. Diese Kleidungsstücke werden erst nach Ablauf der Tragzeit in das Eigentum der Wärter übergeben.

§ 9. 1. Die Wärter sind verpflichtet, auf Anordnung ihrer Vorgesetzten auch außerhalb ihrer regelmäßigen Beschäftigungsstunde zu ihrem Beruf gehörige Arbeiten zu verrichten. — 2. Für solche Arbeiten, welche außerhalb der Gewarntung ihres Wohnortes zu verrichten sind, haben die Wärter neben dem Lohn diejenigen Beträge zu zahlen, die ein Vorgesetzter der Gruppe I für auswärtige Dienstposten erhält. — 3. Beihilfen für Hilfsarbeiter, sogenannte Anrechnungsgelder, werden an solche Wärter nicht mehr bezahlt, welche die Aufhebung beantragen. — 4. Beihilfen für besondere Arbeiten werden, auch wenn es sich um Angehörige der Wärter handelt, vom Kreis oder dessen Vertreter (Straßenmeister) besonders angenommen und bezahlt. — 5. Die Regelung des Straßenaufbaus erfolgt in gleicher Weise wie bei den Landstraßenwärtern.

§ 10. 1. Das Dienstverhältnis kann beiderseits auf Schluß jedes Kalendermonats mit vierwöchiger Frist gekündigt werden. Bei Krankheit kann jedoch nur auf Schluß der Frist gekündigt werden, für welche Krankengeld zu zahlen ist. — 2. Nach 5 Jahren hauptberuflicher Beschäftigung im Dienste des Kreises darf das Dienstverhältnis ohne Zustimmung des Wärters nur aus einem wichtigen Grunde durch Beschluß des Arbeitsrates gelöst werden (§ 55 Abs. 2 Kreisordnung). — 3. Sofortiger Austritt und Entlassung können aus den in den §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung aufgeführten Gründen erfolgen.

§ 11. 1. Entfallen aus diesem Vertrag oder den zu ihm gehörigen Bestimmungen Streitigkeiten, welche durch direkte Verhandlungen zwischen den Vertragspartnern nicht behoben werden können, so entscheidet eine Tarifforschungsmission, welche aus 2 Vertretern des Kreises, 2 Vertretern des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes und einem unparteilichen Vorsitzenden zusammengesetzt ist. — 2. Vorsitzender ist der Vorsitzende des Gewerbegerichts Heidelberg, welcher Ort und Zeit der Sitzung bestimmt. — 3. Fällt die Tarifforschungsmission einen Schiedsspruch, so haben die Parteien innerhalb 8 Tagen von der Zustellung an dem Vorsitzenden zu erklären, ob der Schiedsspruch abgelehnt oder angenommen wird und der Gegenpartei von dieser Erklärung gleichzeitig Nachricht zu geben. Erfolgt keine Erklärung, so gilt der Schiedsspruch als angenommen. — 4. Nach erfolgter Ablehnung des Schiedsspruches kann der gesetzliche Schlichtungsausschuß angewandt werden. 5. Die Parteikosten trägt jeder Teil für sich. — 6. Ueber die übrigen Kosten des Verfahrens ist im Schiedsspruch Entscheidung zu treffen.

§ 12. 1. Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1924 in Kraft und läuft bis 30. Juni 1925. — 2. Er läuft von da ab automatisch weiter, wenn er nicht 2 Monate vorher auf Ende eines Kalendermonats schriftlich gekündigt wird. — 3. Im Falle der Kündigung verpflichten sich beide Teile, baldmöglichst zur Verhandlung über Erneuerung des Tarifvertrages zusammenzutreten.

Ein ähnlicher Vertrag ist mit dem Kreisrot Mannheim abgeschlossen. Möge dieser Tarifvertrag sowie die Organisationspflichtbewußtheit der Wärter der Kreise Mannheim und Heidelberg der Ansporn sein, damit die Kollegen der übrigen Kreise nachziehen. Ad.

Die wirtschaftliche Entwicklung im 19. Jahrhundert.

II.

Mit dem Fortschreiten der technischen Entwicklung vollzog sich in Deutschland der Uebergang vom Agrar- zum Industriestaat. Dieser Uebergang konnte sich nur vollziehen unter gleichzeitiger Bevölkerungszunahme, die auch eine starke Veränderung in der sozialen Struktur des Volkes hervorrief. Waren zu Anfang des Jahrhunderts noch rund 80 Proz. in der Landwirtschaft tätig, so sank diese Zahl bis zur Zeit der Reichsgründung auf rund 50 Proz. herab. In Deutschland setzte nun die Entwicklung ein, die in anderen Staaten bereits ein Menschenalter früher eingesetzt hatte. Das industrielle Leben nahm einen raschen Aufschwung. „War es einem Bauer oder Müller zu wohl, so baute er eine Baumwollspinnerei“, so erzählt uns Schmöller nach Berichten aus den 30er Jahren. Von den in der sächsischen Baumwollindustrie im Betrieb befindlichen Spindeln wurde im Jahre 1812 noch keine einzige mit Dampf betrieben. Die im Gang befindlichen 4 Mill. Spindeln wurden zu 58 Proz. mit Wasserkraft, 29 Proz. durch Zugvieh und noch 13 Proz. durch Menschenhand in Betrieb gesetzt. Als König Dampf seinen Einzug hielt, wurde das rasch anders. So revolutionierend hatte bis dato keine Erfindung gewirkt. Sie stellte im wahrsten Sinne alles auf den Kopf, sie veränderte die gesamte soziale Struktur des deutschen Volkes. Haus- und Eigenproduktion verschwanden fast restlos. Stark dezimiert wurden die Kleinbetriebe. Nur wenige Betriebe, deren Eigenart noch keinen Großbetrieb zuließen (z. B. Rahmungsmittelemerbe) blieben bestehen. Der Großbetrieb setzte sich überall durch. Im Jahre 1848 wurde die erste Dampfmaschine in der Bierbrauerei mit Erfolg von Sedlmayer in Gang gebracht. 1822 kam in Deutschland (Berlin) die erste Dampfmaschine in Bewegung. 1837 gab es in Preußen schon 27 Dampfmaschinen; Anfang der 60er Jahre bereits 700. Die im Dienste der Industrie stehenden Dampfmaschinen hatten in Preußen im Jahre 1837 etwas über 7000 Pferdekräfte, 1855 waren es fast 62 000, 1875 an 1/2 Million. Am 1. April 1914 betrug die Zahl der Pferdekräfte bei den feststehenden Dampfmaschinen in Preußen 6 439 000. Waren im Jahre 1882 noch circa 55 Proz. der erwerbsfähigen Bevölkerung im Ringgewerbe tätig, so sank diese Zahl auf weniger als 30 Proz. im Jahre 1907 herab.

Hand in Hand damit ging eine Umwälzung in den Arbeitsmethoden vor sich. Mehr und mehr wandte man sich der wissenschaftlichen Betriebsführung zu. Durch das Erkennenlernen von Ursachen und Wirkungen im Arbeitsprozeß wurden günstige Unterlagen für eine erfolgreiche Produktion geschaffen. Man erreichte damit ein besseres Produktionsergebnis und eine größere Betriebssicherheit.

Von größter Bedeutung ist der Aufschwung in der Eisenindustrie, der durch die wissenschaftliche Betriebsführung hervorgerufen wurde. Besonders mit dem Einsetzen der Steinkohle an Stelle der Holzkohle als Brennstoff erlebte die Eisenindustrie einen gewaltigen Aufschwung. Zwar hielten die Neuerungen der Technik langsam und zögernd in Deutschland ihren Einzug; dafür wurden sie aber in verbesserten Verfahren eingeführt. In der Roheisengewinnung war Preußen hinter Frankreich und Belgien zurück. Erst in den 60er Jahren überholte Deutschland Belgien, zur Zeit des Deutsch-Franzö-

sischen Krieges Frankreich und 1902 England in der Roheisenproduktion. Damit war Deutschland auf diesem Gebiete an die zweite Stelle gelangt. Es wurde nur von der amerikanischen Union übertroffen. Analog der Eisengewinnung mußte die Rohstoffförderung fortschreiten. Ohne eine gewaltige Kohlenförderung wäre der Aufschwung der Industrie unmöglich gewesen. Ist doch die Kohle die Nahrung der Eisenindustrie. Und als es erst möglich war, das Eisen zur Maschine herzustellen, war eine gewisse Höhe der industriellen Entwicklung erreicht. So können wir die zweite Periode von 1834 bis 1870 als die Zeit betrachten, in der die deutsche Wirtschaft sich ihre Grundlagen schuf zu ihrer weiteren Entwicklung.

Das Aufkommen der Großindustrie stellte naturgemäß große Anforderungen an den Geldmarkt. Das Bedürfnis nach Vermehrung der Umlaufmittel machte sich stark bemerkbar. Durch die Gründung zahlreicher Notenbanken wurde dem entsprochen. Die Gründung der deutschen Großbanken geschah gegen Ende der 40er und Mitte der 50er Jahre, und zwar 1848 der Schaaffhausensche Bankverein in Köln, 1851 die Diskontogesellschaft in Berlin, 1853 die Bank für Handel und Industrie in Danzstadt, 1856 die Mitteldeutsche Kreditbank in Meiningen, 1856 die Berliner Handelsgesellschaft, 1870 die Deutsche Bank und 1872 die Dresdener Bank.

Gegenüber den gewaltigen Kapitalien, über welche die Banken heute verfügen, war das Gründungskapital sehr bescheiden. So hatte der Schaaffhausensche Bankverein ein Gründungskapital von 15,6 Millionen, die Diskontogesellschaft 1856 erst 30, die Darmstädter Bank 42,4, die Mitteldeutsche Kreditbank 24, die Deutsche Bank 15 Millionen. Die beliebteste Form, in der die Geldbesitzer ihre Kapitalien anlegten, war die Aktiengesellschaft. Nicht nur allein die Großbanken, auch die Versicherungsgesellschaften und andere Unternehmungen traten in dieser Form ins Leben. Die Ausbreitung des Aktienwesens fand in Deutschland eine rasche Entwicklung. Bis 1825 waren in Preußen im ganzen 21 Aktiengesellschaften mit 36 Millionen Mark Kapital gegründet worden. 25 Jahre später waren es schon mehr als 100 mit fast 640 Millionen Mark Kapital, und 1870 befanden in Preußen bereits über 300 Aktiengesellschaften mit rund 2 1/2 Milliarden Kapital. Unter den bestehenden Aktiengesellschaften war die Eisenbahn die vorherrschende. In ihr waren bis 1870 allein 1722,4 Millionen Mark investiert, in den Versicherungsgesellschaften 158,46 Millionen Mark, in den Banken 94,65 Millionen und im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen 275,41 Millionen Mark.

Der Aufschwung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens, die Verbesserungen des Eisenbahnetzes brachten die deutschen Bundesstaaten in innigere Verbindung miteinander. Infolge dieser innigeren Verbindung machte sich das Bedürfnis geltend, die wirtschaftliche Gesetzgebung zu vereinheitlichen. Die großen Unterschiede in den Zahlungsmitteln, dem Handels- und Wechselrecht mußten beseitigt werden. So bestanden in den 40er Jahren in den Bundesstaaten noch 56 verschiedene Wechselordnungen. 1848 bis 1851 wurde die neue Wechselordnung eingeführt, der in der ersten Hälfte der 60er Jahre das neue Handelsgesetzbuch folgte. Erst nach der politischen Einigung wurde die volle Einheit im Geld- und Münzwesen vollzogen. Die Gleichheit im bürgerlichen Recht erfolgte

Einige andere Dichter von Bedeutung.

Von Johannes Gut.

Man kann die deutsche Literatur mit einem Strom vergleichen. Die Quelle mancher großen Stromes ist so winzig, daß man sie fast mit der Hand zudecken könnte. Es entsteht ein Bach, ein Fluß und schließlich ein Strom, der auf seinem breiten Rücken ganze Flotten trägt. Aus alter Zeit sind nur wenige Dichtungen erhalten, dann erweitert sich die Zahl, und in der Neuzeit ist die Menge der poetischen Schöpfungen so gewaltig, daß die Namen der Dichter ganze Flottilleuten füllen würden.

Friedrich Hebbel, am 18. März 1813 der Sohn eines Maurers in Besseltshausen in Dittmarschen geboren, war einer der größten Dichter der Neuzeit. Er hat die deutsche Literatur bereichert durch zahlreiche Tragödien voll mächtiger Tragik und erschütternder Seelenmaterie. Sein Lebensfrühling gleicht einer Tragödie, er ist unter den ärmlichsten und traurigsten Verhältnissen aufgewachsen, hat in der Kindheit oft hungern müssen, und als bereits mehrere seiner Jugenddichtungen in Lokalblättern Aufnahme fanden, mußte er in einem engen Treppenschlag kein Bett mit einem Klotz teilen. Er hat sich aber durch Not und Mißvergnügen nicht entmutigen lassen, er ist seinem Juwendideal treu geblieben, er wollte ein großer Dichter werden und hat kein Ziel erreicht. So gab er der deutschen Jugend ein glänzendes Beispiel, daß man durch eiserne

Willenskraft und jähe Ausdauer alles in der Welt erreichen kann. — Den Stoff zu seiner ersten Tragödie hat Hebbel der Bibel entlehnt. „Judith“ bezieht sich zu dem Heldennarr Holofernes, der ihre Vaterstadt belagert. Beim Anblick des überragenden Mannes erwacht ihre Sinnlichkeit, und ihr Haß verwandelt sich in Liebe. Trotzdem tötet sie ihn; aber nicht, wie sie ursprünglich wollte, aus Vaterlandsliebe, sondern aus Rache wegen ihrer Entehrung.

In seinem bürgerlichen Drama „Maria Magdalena“ gehen sämtliche handelnden Personen an ihrem falschen Ehrbegriff zugrunde; alle fragen sich bei jeder Veranlassung: Was werden die Leute sagen? — Ein anderes Drama behandelt das tragische Schicksal der edlen und lieblichen „Agnes Bernauer“. Agnes ist eine Baderstodter; ihre bezaubernde Schönheit und Anmut veranlaßt den Herzog Albrecht, sie zu seiner Gattin zu wählen. Die nicht standesgemäße Verbindung gefährdet aber den Bestand der Dynastie und kann einen Bruderkrieg zur Folge haben. Deshalb verlangt der Vater des Herzogs, nachdem alle Mittel erschöpft sind, von Agnes, daß sie ihre so glückliche Ehe, die der Dichter mit allem Zauber und Liebreiz seiner großen Kunst geschildert hat, für eine läubliche erklärt und in ein Kloster geht. Als Agnes diese Zumutung mit Entrüstung zurückweist, wird sie in Abwesenheit ihres Gatten verhaftet und erleidet einen schmachvollen Tod. Hebbel hat außerdem noch mehr ergreifende Tragödien gedichtet. Viele seiner lyrischen Gedichte gehören zu dem Herrlichsten, was je der Dichtergenius geschaffen hat. In

erst am Schlusse des 19. Jahrhunderts, als das neue Deutsche Reich bereits ein Menschenalter bestand. Auf dem Boden der Gewerfreiheit brachten die Gesetze von 1868/69 die Einheit des Gewerrechts für den Norddeutschen Bund.

Der gewaltige Aufschwung der deutschen Industrie konnte nicht ohne Rückwirkung auf den Weltmarkt bleiben. Waren die Bedürfnisse der der modernen Kultur zugänglichen Länder befriedigt, so mußte jene alten modernen Industrieländern anhaftende Bewegung des Rückschlags eintreten. Diese Wellenbewegung hielt auch in der Deutschen Wirtschaft ihren Einzug, die sich äußert in dem geschäftlichen Auf- und Niedergang, in Konjunktur und Krise. Diese Wellenbewegung hängt aufs engste mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zusammen. Sie muß sich naturgemäß auf allen Gebieten des Wirtschaftens äußern, in den Warenpreisen, Arbeitslöhnen, Geschäftsbedingungen u. a. Sie alle zeigen ein periodisches Anschwellen, um nachher einer rückläufigen Bewegung Platz zu machen, die dann wieder von vorn anfängt. In der sozialen Schichtung der Bevölkerung traten große Veränderungen ein. Der „freie Lohnarbeiter“ trat in den Vordergrund, der Gewerbetreibende zurück.

Eine Erscheinung kennzeichnet die Periode von 1834 bis 1871. Es ist das Anwachsen der gewerblich Tätigen auf Kosten der Landwirtschaft. Diese Tatsache, schreibt Pohle, hat man als Uebergang vom Agrarstaat zum Industriestaat gekennzeichnet, die als Grundtendenz der gesamten neueren Wirtschaftsentwicklung nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen westeuropäischen Kulturstaaten anzusehen ist. Nach Prof. Schmoller, der sich auf Angaben des Statistikers Dieterichs stützt, waren 1816 noch 78 Proz. der Gesamtbevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft tätig, 1849 waren es 64 Proz. und 1867 noch 48 Proz. 1882 lebten in Deutschland noch 24,5 Proz. der Gesamtbevölkerung von der Landwirtschaft, 1895 noch 35,8 Proz. und 1907 nur noch 28,6 Prozent. So sehen wir, daß der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbevölkerung ständig gesunken ist. In Handel und Industrie stieg der Anteil der Bevölkerung allein von 1852 bis 1907 auf 62 Proz. der Gesamtbevölkerung. Der Uebergang Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat kennzeichnet sich besonders in der Veränderung der Bevölkerungsentwicklung und ihrer Verteilung auf Stadt und Land.

Es wohnten	1871	1900	1910	Das sind auf 100 Einwohner		
				1871	1900	1910
In Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern . . .	1 988 367	9 120 260	13 285 848	4,8	16,18	21,28
In Mittelstädten von 20 000 bis 100 000 Einw. . .		7 111 447	9 677 955	7,9	12,81	
In Kleinstädten von 5000 bis 20 000 Einwohnern . . .	12 682 261	7 885 495	9 172 283	11,2	12,46	26,74
In Landstädten von 2000 bis 5000 Einwohnern . . .		6 812 853	7 297 770	12,4	12,88	
In Landgemeinden von weniger als 2000 Einwohnern	26 219 263	26 724 103	25 964 667	68,9	45,66	39,28

seinem köstlichen Epos „Ritter und Rind“ hat er der Ritterliebe und sich selbst ein unvergessliches Denkmal errichtet.

Goethe und Schiller haben in der Kunst den schönsten Schmuck des Lebens. Otto Ludwig und Hebbel suchten mit dem heiligen Ernst das Leben selbst, die Wirklichkeit, darzustellen, und da beiden die Kunst „die hohe, himmlische Göttin“ war, schufen sie unsterbliche Dichtungen.

Otto Ludwig, geboren am 12. Februar 1813 in Eisefeld (Thüringen), war eine grüblerische Natur. Er übte an seinen Schöpfungen die strengste Selbstkritik. Dazu kamen häufig körperliche Leiden und materielle Sorgen, die ihn oft am Schaffen hinderten. Sein Vorbild war der größte Dramatiker aller Zeiten, der englische Dichter Shakespeare. Unermüdblich suchte er in dem Geist des großen Briten einzudringen und das Geheimnis seiner Kunst zu ergründen.

Ludwigs beste und bekannteste Dramen sind „Der Erbsörfer“ und „Die Rastabäder“. Die Charakteristik der handelnden Personen ist in beiden Tragödien so meisterhaft, daß das fast Unglaubliche uns glaubhaft erscheint, eine dämonische Stimmung herrscht in diesen Dichtungen. — Im „Erbsörfer“ bringt der Dichter den Konflikt des unheimlichen Rechtsgefühls mit dem geschriebenen Recht zur Darstellung; den Hintergrund bildet die Poesie des Waldes. „Die Rastabäder“ behandelt den Befreiungskampf der Juden von ihrer Herrschaft. Die Ägypter haben Palästina erobert und den Götzendienst eingeführt. Da erscheint den Juden ein Retter; der löwen-

Die veränderte Gesetzgebung übte auf das Handwerk einen tiefgehenden Einfluß aus. Besonders auf dem Lande nahm die Zahl der Handwerksmeister wie der Gesellen zu. Unter diesen nahmen die Gesellen wieder die erste Stelle ein. In Preußen kamen auf 100 Landmeister 1828 erst 26 Gehilfen, 1858 jedoch schon 72. Die Landwirtschaft treibende Bevölkerung nahm vor 1870 ebenso zu wie die industrielle, wenn auch nicht so stark wie diese. Da vor 1870 ein großer Teil der Industrie auf dem platten Lande Fuß gefaßt hatte, kam eine großer Teil der Bevölkerungszunahme diesem zugute. Deshalb ist trotz der stärkeren Zunahme der industriellen Bevölkerung gegenüber der bäuerlichen die Zunahme in der Stadt gegenüber dem Lande fast gleichmäßig geblieben. Die Zunahme der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen betrug in Preußen von 1816 bis 1858 bei der ersteren 81, bei der letzteren 67 Proz. Ein Unterschied, der an sich als minimal zu betrachten ist.

Die Ursache dieser gleichmäßigen Entwicklung beruhte auf der Ansiedlung der Industrie auf dem platten Lande. Die Nahrung der Industrie waren noch die Holzstöße und die Wasserläufe. Die Industrie suchte sich deshalb da niederzulassen, wo sie die möglichst billigste und günstigste Nahrungsquelle fand, und diese lag vor der Entwicklung des Verkehrsnetzes und der Fördervermehrung der Steinkohle auf dem Lande. Je mehr nun das Verkehrsnetzes ausgebaut wurde und damit die Möglichkeit, die Fabrikate besser und schneller befördern zu können, desto mehr ging die Industrie vom Lande ab in die Städte. Waren doch Wasserläufe und Holzstöße immer unsichere Betriebsfaktoren. Ein heißer Sommer brachte Wassermangel in den Flußläufen hervor und damit konnten keine Wassermühlen laufen, bei Waldbränden war keine Holzstöße vorhanden, herrschte Windstille, konnten keine Windmühlen getrieben werden. Mit der Entwicklung der Steinkohlenförderung wurde ein sicherer Betriebsfaktor in die Industrie eingeführt und diese wurde damit unabhängiger von der Natur. **Reichsloe-Köln.**

Aus Politik und Volkswirtschaft

Konsumvereine und Zuckerverwertung. Die deutschen Konsumvereine besitzen zwar noch keine Zuckerverwerke, um auf die Preisbildung dieses wichtigen Nahrungs- und Genussmittels vom genossenschaftlichen Produzentenstandpunkt aus im Interesse der Verbraucher einwirken zu können. Und doch ist die organisatorische Macht der Genossenschaften so stark geworden, daß sie es auch auf diesem, der Kartellierung in stärkster Weise anheimgefallenen Wirtschaftsgebiet vermocht hat, willkürliche Preissteigerungen zu verhindern bzw. wieder rückgängig zu machen, wie folgendes Beispiel zeigt: In der ersten Hälfte des Jahres 1924 bestand noch ein Einfuhrverbot für Zucker, welches sich die kartellierte Zuckerverwertung zunutze machte und den Zuckerverbrauch auf 25 Proz. über den Weltmarktpreis steigerte. Der deutsche Verbraucher mußte 54 Mk. pro 100 Kilogramm ohne Inlandssteuer bezahlen, während die Zuckerverwertung aus dem Export nur 42 Mk. pro 100 Kilogramm ohne Steuer erlöste. Man zahlte also für den gleichen Zucker in Deutschland 12 Mk. pro 100 Kilogramm mehr als im Ausland. Die Steuer beträgt 21 Mk. für den Doppelzentner, die Hausfrau zahlt also bei 1 Pfund Zucker 10,5 Pf. Steuer, was zu allerhand wahlpolitischen Betrachungen Veranlassung geben dürfte. Dies Einfuhrverbot nun, das sich die Zuckerbarone und Aktionäre zunutze

nehmen, schon ist er bis Jerusalem vorgebracht, da werden die Juden von den Ägyptern an einem Sabbat überfallen. Die Priester rufen zum Gebet, und die Juden lassen sich ohne Widerstand niederwerfen. Nun weigern sich aber die Ägypter, mit einem Volk zu kämpfen, dessen Gott so mächtig ist. Von erschütternder Wirkung ist die Szene, wo Sea ihre drei Söhne bestimmt, des Glaubens halber den Feuerstod zu erleiden. Ludwigs Roman „Zwischen Himmel und Erde“ ist eine der besten epischen Dichtungen der deutschen Literatur.

Ludwig Angenruber, geb am 29. November 1839 in Wien, war auch ein bedeutender Dramatiker. Er besaß eine glänzende Erfindungsgabe, ein tiefes Gemüt und unwürdigen Humor. In seinen teils ernsten, teils heiteren Volksschauspielen schildert er das Wiener Volksleben, besonders aber die verschiedenen Bauertypen mit großer Treue; mit tiefem Ernst und bitterem Spott bekämpft er Heuchelei und Unbildsamkeit. Seine besten Dramen sind: „Der Pfarrer von Kirchfeld“, „Die Kreuzschreiber“, „Der Reineidsbauer“, „Der Gewissenswurm“ und „Das vierte Gebot“.

Roman und Novelle nehmen in der Literatur der Neuzeit einen breiten Raum ein. Teils sind es Zeitromane, die die Gegenwart behandeln, teils geschichtliche, die Personen und Ereignisse der Vergangenheit darstellen.

Billibald Klegis (1798 bis 1871) ist der Begründer des modernen geschichtlichen Romans. Die Ereignisse der branden-

machten, war an sich vollkommen sinnlos, denn die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung war schon so gesunken, daß schon die Inlandsproduktion an Zucker von ihr gar nicht mehr aufgenommen werden konnte. Von der Regierung wurde nun das bestehende Ausfuhrverbot auf Drängen der Zuckerindustriellen aufgehoben, das Einfuhrverbot aber nicht, und so entstand die Möglichkeit, die Preise im Inland auf 25 Proz. über den Weltmarktpreis zu steigern. Dies gab der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (Hamburg), die stark an der Zuckerversorgung der Konsumvereine und damit der deutschen Bevölkerung beteiligt ist, Veranlassung, am 30. Juli 1924 den Antrag an die Regierung zu stellen, auch das Einfuhrverbot für Zucker aufzuheben. Am 6. August wurde das Verbot in der Tat aufgehoben und der deutsche Zucker folgte dieser Maßregel mit einer Senkung auf den Weltmarktpreis, wodurch allein für die Monate August und September eine Ersparnis von 24 Millionen Goldmark zugunsten der Zuckerverbraucher erzielt wurde. Selbstverständlich liefen die Zuckerindustriellen Sturm gegen die Aufhebung des Einfuhrverbots; vorläufig erfolglos. Es zeigt sich also, daß die Konsumvereine, die die Grundidee der Hamburger Großeinkaufsgesellschaft bilden, in einer wesentlichen Frage nicht nur das Interesse der genossenschaftlich organisierten Verbraucher wirksam zu schützen und wahrzunehmen in der Lage waren, sondern das der Verbraucher überhaupt. — Wie notwendig dieser Schutz ist, zeigt die weitere Tatsache, daß die Zuckerpreise in Deutschland noch immer 50 bis 100 Proz. höher sind als in Vorkriegszeiten. Kostete doch im Jahre 1913/14 der Zucker ohne Steuer 22 bis 25 Mk. pro Doppelzentner, der Zucker alter Ernte (1923/24) aber 46 bis 50 Mk.; für solchen neuer Ernte werden von den Produzenten 35 bis 38 Mk. verlangt. Nun kommt dazu, daß auf Betreiben der Zuckerindustrie in dem letzten Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der Rahrmittelzölle der Zucker mit einem Zoll von 40 Mk. pro Doppelzentner bedacht werden sollte. Und auch bedacht worden wäre, wenn nicht die Sozialdemokraten und Kommunisten für das Ausschließen des Reichstags gesorgt hätten. Der Zuckerpreis in Deutschland würde also mit einem Zoll von 40 Mk. und einer Inlandssteuer von 21 Mk. „bedacht“ sein, und die Zuckerindustrie hätte das heftigste würtliche Preisbildung wieder in die Hand bekommen. Denn die Zollbelastung hätte den Weltmarktpreis um 19 Mk. höher getrieben — diese „Zuckerprämie“ hätte der deutsche Verbraucher zu zahlen gehabt, was bei 13 Millionen Doppelzentnern Inlandsverbrauch nahezu 250 Millionen, also eine Viertelmilliarde Goldmark Belastung in einem Jahre ausmacht. Die Agrarier und die Industrie hätten ihre „Lebesgabe“ aus den Händen der Republik ebenso strupellos entgegengenommen wie aus denen des wilhelminischen Kaiserreichs. Auch dieses Beispiel zeigt neben der Bedeutung der genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisation die Gefahr eines Bürgerrechts-Reichstages. Wie man sieht, hängt die genossenschaftliche Wirtschaftspolitik eng mit den allgemeinen Wirtschaftsfragen zusammen und das Interesse an einem sozialistisch gerichteten Reichstag ist für die Konsumvereine ebenso stark wie für die Wirtschaft des Volkes überhaupt. Voraus die Konsumvereinsmitglieder und ihre Hausfrauen am 7. Dezember die nötigen Folgerungen ziehen werden.

Für den Kampf um den Fortschritt kann keine Kraft, und sei sie noch so schwach, entbehrt werden. — Das ununterbrochene Fallen der Tropfen höhlt schließlich den härtesten Stein aus. Und aus vielen Tropfen entsteht der Bach, aus Bächen der Fluß, aus einer Anzahl von Flüssen der Strom. Schließlich ist kein Hindernis stark genug, ihn in seinem majestätischen Lauf zu hemmen.

Bebel.

Burgisch-preussische Geschichte bilden den Inhalt seiner vortrefflichen Romane: „Cabanis“, „Der Roland von Berlin“, „Die Hofen des Herrn von Bredow“, „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“. Der Dichter hat die Sitten, Personen und auch die Landschaft meisterhaft geschildert.

Karl Immermann (1796 bis 1840) hat in seinem großen Roman „Rüchshausen“ die Lorbeiden der vornehmen Kreise beschrieben, in seinem köstlichen Dorfroman „Der Oberhof“ hat er die prächtigen Reichtypen des westfälischen Dorfschulzen und der lieblichen Elisabeth geschaffen.

Theodor Fontane (1819 bis 1890) kannte das menschliche Herz ganz genau und aus tiefstem Herzensgrunde quellen seine besten Dichtungen; davon zeugen seine köstlichen Romane: „Effi Briest“, „Der Stechlin“ und andere. In anderen Romanen und Gedichten hat er seine engere Heimat, die Mark Brandenburg verherrlicht.

Gustav Freytag (1816 bis 1895) hat außer seinem Lustspiel: „Die Journalisten“ und mehreren historischen Romanen zwei vorzügliche Zeitromane geschrieben: In „Eoll und Haben“ schildert er die Arbeit des Kaufmanns und in: „Die verlorene Handchrift“ die Tätigkeit des Gelehrten in humor- und geistvoller Weise.

Der Reichensburger Friß Reuter (1810 bis 1874), dessen 80. Todestag Deutschland am 12. Juli 1924 feierte, hat es verstanden, in seinen in niederdeutscher Mundart verfaßten Erzählun-

• Aus den Stadtparlamenten •

Munster. (Kampf um die Wiedereinführung des Achtstundentages.) In der Vollstunde des Stadtrates am 14. November berichtete Raurat Sametshel, daß vom Gesamtbetriebsrat folgender Antrag vorliege:

„Durch die Beschlüsse des Stadtrates vom März 1924, welche für die Gemeinbedarbeiter die 48stündige Wochenarbeitszeit, dagegen für die Gemeindebeamten die 48stündige Wochenarbeitszeit festlegte, war unter den Gemeinbedarbeitern eine große Erregung und Unzufriedenheit entstanden, die bis zum heutigen Tage noch fortbesteht. Dauernd ließen beim Gesamtbetriebsrat Vorstellungen ein, die das Verlangen in sich schloßen, für die Gemeinbedarbeiter die 48-Stunden-Woche wiederum einzuführen. Die Gemeinbedarbeiter können es nicht verstehen, daß die Beamten 48 Stunden, dagegen die Arbeiter 54 Stunden arbeiten müssen. Abernichts ist festgestellt, daß mehr als 80 Proz. der Gemeinbedarbeiter Bayerns die 48-Stunden-Woche haben und nur höchstens 20 Proz. eine längere Arbeitszeit. Die 48stündige Wochenarbeitszeit ist nicht nur ein Prinzip der gesamten Arbeiterschaft, sondern es liegt diese Arbeitszeit auch im Interesse der Arbeitgeber und somit auch der Stadtgemeinde Munster. Da der neue Reichsmanteltarif eine Bestimmung enthält, wonach gegenüber der neunstündigen täglichen Arbeitszeit örtliche und betriebsweise Abnahmen zulässig sind, sind die Wünsche und Anträge der Belegschaften, die 48-Stunden-Woche wieder einzuführen, aus allen städtischen Betrieben in härtesterem Maße an den Gesamtbetriebsrat gelangt. Es mußte sich deshalb eine Vollversammlung der Betriebsräte mit dieser Frage beschäftigen, und diese hat einstimmig beschlossen, um den Willen der Belegschaften sämtlicher Betriebe genau festzustellen, eine Urabstimmung unter den unter den Tarifvertrag fallenden Gemeinbedarbeitern vorzunehmen. Diese hat Ende September stattgefunden. Das Ergebnis ist folgendes:

Für die Wiedereinführung der 48-Stundenwoche sind 88,46 Proz. und gegen die Wiedereinführung 11,54 Proz. der gültigen Stimmen abgegeben worden. 92 Proz. der unter den Tarifvertrag fallenden Gemeinbedarbeiter haben sich an der Abstimmung beteiligt.

Auf Grund dieses Ergebnisses bittet der unterfertigte Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates, der hochwohlwollende Stadtrat möge die Wiedereinführung der 48stündigen Arbeitswoche für die Arbeiter sämtlicher Betriebe beschließen.“

Der Referent glaubt der Berichterstattung des Antrages die Bemerkung beifügen zu müssen, daß sich feinerzeit der Uebergang von der achtstündigen Arbeitszeit „reibungslos“ vollzogen habe. Er wisse nicht, unter welcher Begründung eine Urabstimmung über die 48stündige Arbeitswoche habe stattfinden können (!). Eine Kürzung der Arbeitszeit würde für die städtischen Arbeiter den Verlust von einem Reuzentel ihres Lohnes bedeuten. Der Bau- und Finanzausschuß habe beschlossen, den Antrag des Gesamtbetriebsrates abzulehnen, „nachdem seit der letzten Beschlussfassung im Plenum keine neuen Momente aufgetreten seien“. — Stadtrat Kollege Schuster legte dar, daß es nicht richtig sei, daß sich die Aufrechterhaltung des neunstundentages bis jetzt so völlig reibungslos vollzogen habe. Seinerzeit habe man den Schritt mit der mißlichen Lage der städtischen Finanzen begründet. Sofort nach der Erhöhung der Arbeitszeit habe man dann etwa 70 Arbeiter entlassen, etwa 25 bis 30 pensioniert, und dann — Hunderte vorübergehend wieder eingestellt, so daß man also wohl annehmen dürfe, daß es den zuständigen Stellen darum zu tun gewesen sei, ihnen unangenehme Arbeiter wegzubringen! — Nun wird seitens des Referats und der Belegschaft der neunstündigen Arbeitszeit mit dem Argument gearbeitet,

ger das Lebens Licht- und Schattenseiten in wundervoller Verbindung darzustellen. Unter Tränen lächelt der sonnige Humor des Dichters. Seine besten Schöpfungen sind: „Ut mine Festungstid“, „Ut mine Stanzofentid“, „Ut mine Stromtid“ und „Dörckeluchting“.

Der Schweiz verdanken wir zwei Dichter von eigenartiger Begabung: Keller und Konrad Ferdinand Regener. Gottfried Keller (1819 bis 1890) war ein Dichter; ein unermüdetlicher Optimismus lebt in seinen Schöpfungen. Selbst im tiefsten Leid spielt ein Lächeln um Lippe und Lippe seiner herrlichen Frauengehalten, wenn auch nur der kleinste Schimmer des Glücks oder der Hoffnung sich zeigt. Sein Bildungsroman: „Der grüne Heinrich“, worin sich Anklänge aus seiner eigenen Kindheit wiederfinden, seine beiden Zeitromane: „Die Leute von Seidwyla“, „Martin Salander“ und andere sind Meisterwerke ersten Ranges.

Konrad Ferdinand Regeners geschichtliche Romane, seine lyrischen Gedichte und Balladen sind wahre Perlen deutscher Dichtkunst. In dem Gedicht: „Die Lenzfahrt“ beklagt er die entschundene Jugendzeit:

Und ob die Lode mir wehtraut
Und bald das Herz wird stille stehn,
Noch muß es wenn die Welle blaut,
Nach seinem Senje wandern gehn.

daß die „Rehrzahl“ der Städte für ihre Arbeiter den Reunfundentag einführt hätte. Es ist richtig, daß 20 Städte den Achtstundentag und 30 Städte den Reunfundentag haben — aber man sehe sich doch einmal an, welche Städte es sind, die den Reunfundentag haben! Nicht die Großstädte München und Nürnberg, sondern kleine Städte, von denen manche nur 6, 8 oder 9 Arbeiter haben! Doch die Betriebsleiter etlicher Großstadtbetriebe sah für den Reunfundentag ausgesprochen haben, ist nicht verwunderlich: wollen diese doch immer das Gegenteil von dem, was die Arbeiter wollen! Es ist unrichtig, daß die Arbeiterchaft der städtischen Betriebe sich mit dem Reunfundentag abgefunden hat. Seine Woge ist vergangen, ohne daß Arbeiter sich an den Gesamtbetriebsrat wendeten, um die Wiedereinführung des Achtstundentages zu verlangen. Jetzt ist die geeignete Gelegenheit, den Achtstundentag wieder einzuführen! — Im 1. r II (Bayer. Volksp.) erklärte, grundsätzlich sei man für den Achtstundentag und für die Verkürzung der Arbeitszeit, aber — „was hat das heute vor den Wahlen für einen Zweck, über den Achtstundentag zu reden — nach den Wahlen werden die Gemüter wieder ruhiger und gelassener sein!“ Er stellte schließlich einen Verlangensantrag — er wolle einer Abstimmungsentscheidung über den Achtstundentag aus dem Wege gehen! — Stadtrat Berthaler (Soz.) wies darauf hin, daß es sich hier nicht um die Sache irgend-einer Partei handle, sondern um eine der gesamten städtischen Arbeiterchaft vertreten durch den aus freigeordneten und Christlichorganisierten zusammengesetzten Gesamtbetriebsrat. Es liegt kein Anlaß vor, die Entscheidung über diesen Antrag zurückzustellen, bis das Wahngeschehen entschieden ist. Großstädte, wie München und Nürnberg, haben nicht mitgemacht, aber die Dachbürger mußten natürlich bei der Einführung der verlängerten Arbeitszeit gleich vorne dran sein! Jetzt ist Zeit und Gelegenheit, das Unrecht wieder gutzumachen! — Stadtrat Walter (Soz.) wies darauf hin, daß die Unterernährung eine Entlastung des Körpers von allzu langer Arbeitszeit dringend notwendig mache. Die Arbeitszeit müsse so hoch wie vor dem Krieg, die Arbeitsleistung aber gemäßigter sein, und es sei ein gesundheitliches Gebot, die Arbeitszeit zu verkürzen. In der Gemeinde liegt es, der Privatindustrie den Weg zu zeigen, der gegangen werden muß! — Die bäuerliche Mehrheit einschließlich der christlichen „Arbeitervertreter“ lehnte es gegen die geschlossene Linke ab, den Antrag des Gesamtbetriebsrats stattzugeben! Städtische Arbeiter, erinnert euch am Wahltag dieses Berrats erster Forderung!

Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

München. Die Reichs- und Staatsarbeiter nahmen am 14. Dezember zur fortwährenden Verschleppung ihrer unbedingt notwendigen Lohnerhöhung Stellung. Das einleitende Arierot erstarrte Kollege Weigl. Die Löhne waren schon in der Vorkriegszeit keine günstigen. Sozialvergünstigungen konnte man nicht und die Beschränkungen waren teils der österreichischen Staatsverwaltung kriegsmäßig behandelt. Die Behandlung der bayerischen Militärarbeiter nach Kriegsende beweist das in hohem Maße. Sie wurden nach vielen Dienstjahren mit einer kaum nennenswerten Abfindung entlassen. Dasselbe zeigt sich bei den Arbeitern des Staates, die ebenfalls im Alter ihrem Einkommen überlassen bleiben. Diese Zustände sind nicht besonders einladend, im Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigt zu sein. Zu allem gestellt sich jetzt der ganz unzureichende Lohn. Es bestehen heute noch Stundenlöhne von 41 Pf. Die sich für den Handwerker auf 56 einschließlich der Ortszuschläge erhöhen. Trotzdem und trotz der Leistung verschleppen die Reichs- und Staatsstellen jeden Lohnausgleich. Die durch die Reichsverwaltung in den Vordergrund gesetzte Inflation dürfte nicht der Hauptgrund sein, sondern der vermutete Widerstand der Industrie und des Kapitals. Letztere sind es, die von ihren wuchernden Gewinnen nicht ablassen wollen, was sich auch bei allen Lohnbewegungen der Privatindustrie zeigt. Lohnerhöhungen von 2 Pf. in der Stunde mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen, wie sie im Kriegsbewerbe stattfanden, bedeuten für die gesamte Arbeiterchaft nur Hohn und Spott. Die inzwischen bekanntgewordene Lohnverbesserung von 9 Proz., aber nicht unter 4 Pf. pro Stunde für die Reichseisenbahnarbeiter betrieft ebenfalls nicht Erfreuliches, da sie gegenüber der eingetretenen Lauerung von mindestens durchschnittlich 30 Proz. zu niedrig und gerät ab 1. Dezember 1924 peripäret ist. Sie muß erhöht und vor einem früheren Zeitpunkt ab gegeben werden. Die Reichs- und Staatsarbeiter, die während und nach dem Kriege in Not und Elend hineinzwangt worden, müssen durch rasche und ausreichende Hilfe dem entsetzlichen Verfall wieder entgegen zu werden. Aus allen Parteien Barren, wo Reichs- und Staatsarbeiter beschäftigt sind, kommen Hilferufe zwecks schneller Abhilfe. Soll der Wirtschaftskrisis, der mit dieser Entlohnung entgegengebracht über kurz oder lang gestiftet werden muß, erhalten bleiben, dann gibt es nur einen Ausweg nämlich den, die Löhne mit der Lauerung so hoch als möglich in Einklang zu bringen. Nach der Diskussion wurden zwei Entschlüsse gefasst, von denen einer der Reichsregierung und die andere der bayerischen Staatsregierung mit den Forderungen zugeht, gefast

Internationale Mundschau

Oesterreich. Aus dem österreichischen Gewerkschaftsleben verdienen zwei Erscheinungen der letzten Tage besondere Beachtung. Es handelt sich um den Zusammenschluß von Organisationen zu gemeinsamen Wirken. Um die Interessen der Arbeiterchaft in Diensten der Republik einheitlich zu wahren und dahin gerichtete Bestrebungen zusammenzufassen, wurde im Rahmen der Reichsgewerkschaftskommission eine Sektion der Bundesarbeiterchaft errichtet. Sie hat die Rechte der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu schützen und insbesondere in Fragen des Arbeits- und Dienstverhältnisses sowie der Versorgungsansprüche einzugreifen. Die Sektion ist die Zentrale für gemeinsame Beratungen, fast bindende Beschlüsse, veranstaltet gemeinsame Kundgebungen in den ihr obliegenden Angelegenheiten und unterstützt, ebenso wie die bereits seit Jahr und Tag tätigen Sektionen der privaten Angestellten und der öffentlichen Angestellten unmittelbar der Reichsgewerkschaftskommission. Natürlich können nur jene Organisationen dieser Sektion angehören, die erstens der Reichsgewerkschaftskommission angeschlossen sind und zweitens Mitglieder in ihren Reihen haben, welche in Staatsbetrieben beschäftigt sind. Die Sektion umfasst rund 16 000 Arbeiter und Angestellte. Es gehören ihr folgende Gruppen an: Bergarbeiter, Graphische Arbeiter, Land- und Forstarbeiter, Arbeiter der chemischen Industrie, Lebensmittelarbeiter (Tabak), Metallarbeiter, Salinensortierer und Telegraphenarbeiter. — Die andere nicht minder erfreuliche und bedeutsame Erscheinung auf organisatorischem Gebiet ist der Zusammenschluß zweier Vereinigungen von öffentlichen Angestellten. Die Bundesangestellten, sowohl die Verbände für die Arbeiterbewegung und die freien Gewerkschaften haben, waren bisher in einer Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten organisiert. Die Angestellten der Gemeinde, vornehmlich der Gemeinde Wien, hatten daneben ihren eigenen Verband. Letzterer hatte sich bisher der Reichsgewerkschaftskommission nicht angeschlossen. Nun ist eine Organisation der gesamten öffentlichen Angestellten Oesterreichs geschaffen worden. Der neue, der Reichsgewerkschaftskommission angeschlossene Verband führt den Namen „Oesterreichischer Hauptverband der öffentlichen Angestellten“. Er zählt rund 70 000 Mitglieder und gehört zu den zahlenmäßig stärksten Gewerkschaften Oesterreichs. Er gliedert sich in drei mit weitgehenden Rechten ausgestattete Sektionen: Bundes-, Landes- und Gemeindeangestellten. Die erste Sektion besteht aus den eigentlichen Bundesbeamten und umfasst derzeit die Mitglieder des bisherigen Bundes der öffentlichen Angestellten Oesterreichs. Die zweite Sektion umfasst die Landesangestellten. Die dritte Sektion umschließt die Gemeindeangestellten.

Schweiz. „Der Oesterreichische Dienst“ unter Schweizer Bundesorgan, bringt folgenden Beschluß der Geschäftsleitung des Schweizerischen Verbandes des Personals Öffentlicher Dienste vom 20. Oktober 1921 in Erinnerung:

Zur Fraktion- und Jellendebnung in den Gewerkschaften. Nachdem die beiden politischen Parteien der Arbeiterchaft ihre gewerkschaftlich organisierten Mitglieder zur Fraktion- und Jellendebnung in den Gewerkschaften aufgerufen haben, wird die Geschäftsführung des Bundes- und Staatsarbeiterverbandes sich veranlaßt, ihre Stellungnahme dazu zu präzisieren:

1. Es ist selbstverständlich, daß jeder Gewerkschafter nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, die Anschauung innerhalb seiner Organisation zur Geltung zu bringen, die er als richtig und für die Gewerkschaft als notwendig erachtet. Es soll jedem Gewerkschaftler unbenommen bleiben, in irgendeiner politischen Partei des Proletariats sich zu betätigen und deren Auffassung sich zu eigen zu machen. Der Gewerkschafter hat das unbestreitbare Recht, zum Studium und zur Beratung der gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben der Gewerkschaften mit gleichgesinnten Kameraden sich zusammenzufinden. — 2. Die politischen Parteien fordern von ihren gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern den Zusammenschluß zu Fraktionen und Jellen in den Gewerkschaften, die der Partei gegenüber ihre Tätigkeit verantwortlich sein sollen. Die Fraktionsbildung bezweckt damit die Unterordnung der Gewerkschaft unter die Partei. Sie überträgt die Selbstbestimmtheit der parlamentarischen Fraktionen auf die gewerkschaftliche Tätigkeit und erdrückt dadurch jede politische Selbstständigkeit in der Gewerkschaft. Die Fraktionsbildung fördert aber auch durch die Schaffung isolierter Organisationen innerhalb der Gewerkschaft die Spaltung Fraktionsbildung heißt Spaltung. — 3. Die Geschäftsleitung läßt sich auf Grund dieser Feststellungen verpflichten die Verbandsmitglieder darauf aufmerksam zu machen, daß in der gegenwärtigen Zeit der Herrschaft der Reaktion und des wuchernden Klassenkampfes nur ein einheitliches und geschlossenes Proletariat imstande ist, den best wachsenden Angriffen des Unternehmertums und des von ihm beherrschten Klassenkampfes zu begegnen und sie zu überwinden. Jede Spaltung, die die Einheit und Geschlossenheit der schwerkämpfenden Arbeiterchaft gefährdet, muß deswegen unterlassen werden. Die Gewerkschaften müssen gesamtartig die einzige geschlossene und einheitliche Organisation des Proletariats. Die Fraktionen- und Jellendebnung droht aber diese Einheit zu zerschneiden. Wir fordern deswegen die Verbandsmitglieder auf, in ihrem eigenen und im Interesse der Einheit des Verbandes den parteipolitischen Parteien des Fraktions- und Jellendebnung in den Gewerkschaften keine Folge zu leisten. Das ist auch unser Standpunkt.

Aus unserer Bewegung

Kruswalde. Nach monatelangem Streik mit dem Magistrat ist am 13. November 1924 vor dem Schlichtungsausschuß zu Wol-

Chemnitz. Die Mitgliederversammlung am 17. November ließ sich vom Kollegen Bogel den Schlussbericht von den Bezirks- und örtlichen Verhandlungen zum Neuaufschuß des RDL Gemein-

Die am 17. November tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Chemnitz, nimmt Stellung zum Bericht über die bezirklichen und örtlichen Verhandlungen zum Reichsmantelvertrag der Gemeindearbeiter und ist hat, trotzdem anerkannt wird, daß die Sachbestimmungen als auch die örtliche Verhand-

Zur Lohn- und Gehaltsbewegung der Gemeinde-, Staats- und Reichsarbeiter, Straßenbahner und Beamten wurde u. a. beschlossen: Der Sachverhalt des Reichsfinanzministeriums gegenüber den Reichsarbeitern drängen die Versammelten ihre stärkste Mißbilligung aus.

Der Aufsichtsrat ist im 2. und 3. Quartal um 1900 RM. ge-

Sommer. Die Arbeitgeber der städtischen Betriebswerke sind seit 1. Juni 1924 auf Privatdienstvertrag unter Zugrunde-

denen das Betrugsglied immer lästig war. Durch Herunterrechnen und Verkünden unserer Organisation gelang es, einen Teil der 136 Köpfe zählenden Erhebungsgruppe von uns abzuspalten.

Andershan

Heinrich Schäfer-Mitt. Wie wir der Tagespresse entnehmen, hat der frühere Gauleiter unseres Verbandes, H. Schäfer (in den letzten Jahren beauftragter Beigeordneter in Rbin), durch Selbstmord

en ver-
achtung,
a zu ge-
ast in
dahin
men der
des-
Raot-
men zu
-Ver-
ktion
bindende
br ch-
rechts seit
und der
rkchafts-
ktion
schließen
schle in
18 000
pen an:
der Ar-
Metalls-
andere
rganisa-
gen von
, sowie
Gewerk-
entlichen
n. vor-
Berord-
nen nicht
entlichen
r Reichs-
Kamen
liche
bedür zu
gleichel
schle ent:
ktion
sticht der-
den An-
Un-
gebeten.
Brä-er
Schwe-
n 20 Ob-

Hermann Engel, Landshofer Str. 85-86-87

Ungewöhnlich billiger Weihnachtsverkauf

Mäntel	Kleider	Kleiderröcke	Pelzkonfektion
Kiberette-Wolpilschmäntel in allen Größen 60,- 49,-	Taffetkleider in lichten Farben, Neueste Macharten 99,50, 29,50 19,-	Velours de laine-Kleiderröcke in reiner Wolle, mod. Streifen, erstklassige Verarbeitung 14,75 7,-	Stroms-Rain-Mäntel 130 cm lang 19,- au Dama-Plüsch
Velours de laine-Mäntel schwere Ware, mit anderfarbig er Abseite 49,- 39,-	Gaberdine-Kleider auch Kasackformen mit u. ohne Pelzbes. 29,50 19,-	Dunkelblau reinwollene Plissekleiderröcke 6,-	Zobel-Chevriette-Jacke 90 cm lang 24,- restklassige Verarbeitung
Velours de laine-Mäntel mit und ohne Pelzbesatz 49,50, 29,50 29,-	Abendkleider in aller neuester Ausführung, seiten schöne Schöfnungen 128,-, 99,-, 79,- 59,-	Reinwollene Chevriekleiderröcke in dunkelblau, braun, grün mit Tressen und Knopfverzierungen 3,-	Herzmarinel-Mäntel 130 cm lang in eleg. Fanti-Verarbeitung 68,-
Barierter Winter-Glitzer reine Wolle mit Pelzbesatz 19,-	Warme Matines 5,-	Winterflanschmorgensrücke viele Farben 9,-	Naturbismar-Mäntel 130 cm lang in entzückenden Mustern verar. m. u. Schaltragen 120,-
			Eleganter Persischer-Mantel 100 cm lg., mit australischen Opposumkrz. u. Querbesatz 159,-

Trotz meiner bekannt billigsten Preise biete ich Ihnen erleichterte Zahlungsbedingungen ohne jedwede Preiserhöhung und bitte ich Sie, von meiner neuen Einrichtung Gebrauch zu machen. Auskunft gibt Ihnen gern meine Rechnungsabteilung im I. Stock

Die Versandabteilung erledigt umgehend alle Anträge. Nichtgefallendes wird ohne weiteres zurückgenommen.

Baumwollhemd aus gutem Renforcé, mit Stickersträger 1,95 1,-	Gefütterte Herrenhandschuhe mit Wildleder 2,25	Oberbett , prima Renforcé 4,-
Wäsche garnitur Hemd u. Beinkleid m. Hochsaum u. Blumenstickerei 5,-	Gefütterte Damenhandschuhe mit Wildleder 1,25	Kissen , dazu passend 1,-
Herren-Bachhemden mit buntem Besatz 4,25 4,-	Farbige Damenhandschuhe Schwebenmull 1,25	Laken , 2 m lang schwarz, plattiert, rechts und links gestricht 2,25
	Feinste Seidenflorstrümpfe schwarz und farbig 1,25	Kinderstrümpfe 0,25 0,25 0,25 0,25 0,25 0,25 0,25

Teppiche	Gardinen	Möbelstoffe	Jumper u. Blusen
Mossel-Teppich , doppelseitig, schwere Qualität 43,50 72,50 88,50 142,50	Tüll-Garnitur 2teilig, 8,50, 8,50 3,-	Wollene Schlafdecken u. Weisse decken 21,- 10,- 12,-	Sportjacken für Damen u. Herren aus la Wolle 14,50, 12,50 9,-
Gr. ca. 140x215 200x200 220x200 200x140	Examine Halbstoren m. durchsicht. Filz, Mot. ven. 18,50 12,50 9,-	Stoppdecken Satin, Handarbeit alle Farben 24,-, 19,50 17,-	Jumper aus la Kunstst. id., in viel Farben, 9,50, 6,50 4,-
Blau-Teppich , guter Wollsch. ca. 140x200 165x215 200x200 43,50 62,50 94,50	Examine Bettdecken 2teilig, in groß. Motiven 19,50, 16,50 11,-	Mokette Stwanddecke schwere Qualität mit Mohair Franse 55,-	Sportbluse aus gestreitem, baumwoll. Flanel 3,-
	Madras-Garnitur dunkelgrün, 2teilig, 23,-, 23,- 19,-	Tischdecken Perser u. moderne Muster 7,50, 8,75 3,-	Crêpe de Chine-Blusen und Jumper aus feiner, weißer und farbiger, 24,50 9,-
	Madras-Garnitur 3teilig, aparte belle Farben, 23,50, 11,50 7,-	Stwanddecken Perser Muster 14,-, 11,50 9,-	Jumper aus gemustert. Wollmarocain 9,-

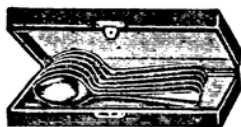
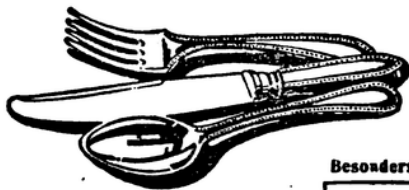
Feinste Herren-Anzüge - Ulster - Paletots

prima Schneiderarbeit, Ersatz für Maß, in nur guten, wollenen Stoffen **enorm billig!**

Anzüge M. 110.-, 89.-, 67.-, 54.-. Ulster u. Paletots M. 130.-, 104.-, 88.-, 77.-
Herren-Sportpelz mit Silberschakalkragen und Sealkanin-Futter 198.-

Weihnachts-Geschenke

bringen wir dieses Jahr in ganz besonders großer Auswahl auf den Markt. Unser reiches Sortiment besteht nur aus Qualitätswaren, unsere Preise sind trotzdem spotbillig! Der ungeheure Zuspruch des kauenden Publikums zu unseren Berliner Geschäften sowie die soeben auf der Gewerbeausstellung in Hannover erzielte Auszeichnung mit der Goldenen Medaille beweisen aufs Neue unsere anerkannte Leistungsfähigkeit. Wir tauschen alles um, was Ihnen nicht zusagt, Sie haben also kein Risiko beim Einkauf! Wer bei uns kauft, kauft wirklich gut und billig! Alle unsere aufgeführten Artikel sind vorzüglich geeignete Geschenkartikel!



Abteilung 1

Alpacca-Bestecke

- Alpacca-Kaffeelöffel, in einfacher Ausführung . . . Stück M. **0.35**
- Alpacca-Kaffeelöffel, in Fadenstielausführung . . . Stück M. **0.60**
- Alpacca-Kaffeelöffel, in Perirandausführung . . . Stück M. **0.60**
- Alpacca-Kaffeelöffel, in Perirandluxusausführung Stück M. **0.65**
- Alpacca-Kaffeelöffel, in verschiedenen verzierten Luxusausführungen . . . Stück M. **0.80**
- Alpacca-Eßlöffel, in einfacher glatter Ausführung . . . Stück M. **0.70**
- Alpacca-Eßlöffel, in Fadenstielausführung . . . Stück M. **1.15**
- Alpacca-Eßlöffel, in Perirandausführung . . . Stück M. **1.20**
- Alpacca-Eßlöffel, in Perirandluxusausführung . . . Stück M. **1.60**
- Alpacca-Eßlöffel, in verschieden verzierten Luxusausführungen . . . Stück M. **1.60**
- Alpacca-Eßbestecke, in einfacher Ausführung . . . Paar M. **1.80**
- Alpacca-Eßbestecke, in Fadenstielausführung . . . Paar M. **2.90**
- Alpacca-Eßbestecke, in Perirandausführung . . . Paar M. **3.—**
- Alpacca-Eßbestecke, in Perirandluxusausführung . . . Paar M. **3.20**
- Alpacca-Eßbestecke, in verschieden verzierten Luxusausführungen . . . Paar M. **3.75**
- Alpacca-Gemüselöffel, in Fadenstielausführung . . . Stück M. **3.15**
- Alpacca-Gemüselöffel, in Perirandausführung . . . Stück M. **3.50**
- Alpacca-Gemüselöffel, in Perirandluxusausführung . . . Stück M. **3.50**
- Alpacca-Saucenlöffel, in Fadenstielausführung . . . Stück M. **3.15**
- Alpacca-Saucenlöffel, in Perirandausführung . . . Stück M. **3.50**
- Alpacca-Saucenlöffel, in Perirandluxusausführung . . . Stück M. **3.50**
- Alpacca-Suppenschöpfer, in Fadenstielausführung . . . M. **5.60**
- Alpacca-Suppenschöpfer, in Perirandausführung . . . M. **5.90**
- Alpacca-Suppenschöpfer, in Perirandluxusausführung . . . M. **6.10**

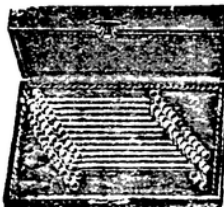
Besonders geeignete Weihnachtsgeschenke

Sonderangebot:

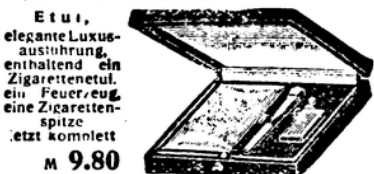
Etui, enthaltend 6 Alpacca-Moccalöffel in Perirandausführung, Ausnahmepreis M. **3.00**

- Etui, enthaltend 6 Alpacca-Kaffeelöffel im Fadenstielmuster . . . M. **5.—**
- Etui, enthaltend 6 Alpacca-Kaffeelöffel im Perirandmuster . . . M. **5.—**
- Etui, enthaltend 6 Alpacca-Eßlöffel im Fadenstielmuster . . . M. **9.30**
- Etui, enthaltend 6 Alpacca-Eßlöffel im Perirandmuster . . . M. **9.60**
- Etui, enthaltend 6 Alpacca-Eßbestecke im Fadenstielmuster . . . M. **23.70**
- Etui, enthaltend 6 Alpacca-Eßbestecke im Perirandmuster . . . M. **23.30**
- Etui, enthaltend 6 Alpacca-Kinderbestecke im Fadenstielmuster . . . M. **20.—**
- Etui, enthaltend 6 Alpacca-Kinderbestecke im Perirandmuster . . . M. **20.—**

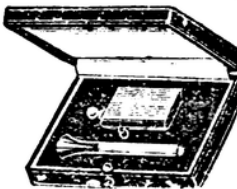
Der Inhalt unser Etuis besteht aus prima gestanzten Alpaccabestecken. Viele Auszeichnungen!



Letzte Neuheit!
Der reizendste Geschenkartikel! 12 Messerbanko extra stark versilbert, in elegantem Etui jetzt komplett **M. 2.90**



Etui, elegante Luxusausführung, enthaltend ein Zigarettenetui, ein Feuerzeug, eine Zigarettenspitze jetzt komplett **M. 9.80**

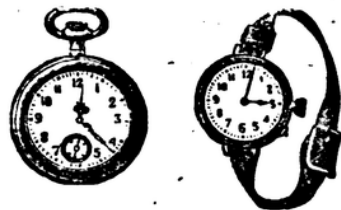


Etui, elegante Luxusausführung, enthaltend ein Feuerzeug und eine Zigarettenspitze jetzt komplett **M. 3.90**

Versandbedingungen: Alle Preise verstehen sich frei Haus, der Betrag ist mit der Bestellung per Einschreibebrief od. auf Postcheckkonto Berlin 27952 einzusenden. Es liegt im eigenen Interesse, rechtzeitig und möglichst sofort zu bestellen, da die Nachfrage vor Weihnachten besonders groß ist und dann auch viele Artikel fehlen werden. Senden Sie uns daher noch heute Ihre Bestellung!

Unsere große Weihnachts-Preisliste, enthaltend eine Riesenauswahl Geschenkartikel, versenden wir nach außerhalb mit einem Weihnachts-Reklamegeschenk und 3-Mark-Gutscheinen die bei Bestellung in Zahlung genommen werden, gegen Einsendung von 1 Mark!

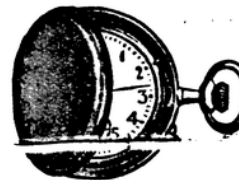
Franz Borowicz
Das Haus für Geschenkartikel
Berlin, Waldemarstraße 27
Postcheckkonto Berlin Nr. 27952



Abteilung 2

Diverse Geschenkartikel

- Herren-Taschenuhr, elegant vernickelt, garant. gutgehend, ohne Goldrand . . . M. **3.90**
- mit Gold-5.90 flache Luxusausführung mit Goldrand . . . M. **7.90**
- Damenuhr, in eleganter schwarzer Ausführung . . . jetzt M. **6.90**
- Dieselbe in prima Luxusausführung mit Goldrand . . . jetzt M. **7.90**
- Armbanduhr, prima vernickelt mit Lederriemen, Ausnahmepreis . . . jetzt M. **6.90**



Herren-Luxusuhr, m. pr. vergoldeten Doppelkapseln u. Sprungdeckel jetzt M. **11.90**
billig!

Extra-Angebot!

Prachtvoller Geschenkartikel! **Likörservice,** bestehend aus einem Tablett, prima vernickelt, mit sechs Likörbechern, prima vernickelt, innen vergoldet, Luxusausführung, jetzt **9.50** komplett. **Unglaublich billig!**



Likörbecher, einzeln, prima vernickelt, innen vergoldet, Luxusausführung, jetzt Stück **M. 1.50**



Feuerzeug, elegant vernickelt, Kavaliertyp, jetzt **M. 1.30**



Schreibtisch-Uhren, in eleg. Ausführung mit Marmorgehäuse, Ausnahmepreis M. **4.90**
Würfelspiel in der Westentasche, letzte original-Neuheit . . . Preis M. **1.30**

Unsere große Weihnachts-Preisliste, enthaltend eine Riesenauswahl Geschenkartikel, versenden wir nach außerhalb mit einem Weihnachts-Reklamegeschenk und 3-Mark-Gutscheinen, die bei Bestellung in Zahlung genommen werden, gegen Einsendung von 1 Mark!